

Kreispolitik mit links – aktiv, solidarisch und ökologisch nachhaltig!

Wahl des Kreistages am 09.06.2024.

Verabschiedet auf der Kreismitgliederversammlung des Kreisverbands DIE LINKE Esslingen
am 29.07.2023

Kreispolitik geht uns alle an!

Täglich sind wir mit den Auswirkungen von Entscheidungen der Politik in unserem Kreis konfrontiert. Gleichwohl ob es um den öffentlichen Nahverkehr, um soziale Belange oder um die Nutzung unserer Böden und Wälder geht – stets spüren wir die Resultate der Entscheidungen hautnah und erleben dabei oft das Gefühl: letztlich werden die Beschlüsse oft gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Kreis gefasst.

Linke Kommunalpolitik steht dagegen für die Durchsetzung sozialer Rechte für alle und eine gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums. Wir treten ein für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und wollen eine Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort. Dies schließt auch die Möglichkeit von Bürgerentscheiden auf Kreisebene mit ein. Der Landkreis muss über Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie zum Beispiel die Kreiskliniken, Abfallentsorgung und den öffentlichen Nahverkehr selbst bestimmen können (kommunale Selbstverwaltung). Wir als DIE LINKE stehen klar gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Dies geht nur zusammen: Alles ändert sich, wenn wir es gemeinsam verändern! DIE LINKE ist auch weiterhin eine solidarische Partnerin für zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereinigungen im Landkreis!

Im Kreistag gestalten wir unsere Arbeit transparent und dialogorientiert. Dabei setzen wir uns auch in der nächsten Legislatur weiterhin für soziale Teilhabe und Mitbestimmung, zukunftsfähige Infrastruktur, Rekommunalisierung, gute Arbeit, Barrierefreiheit und eine ökologische Boden-, Verkehrs- und Energiepolitik ein.

Das bedeutet in erster Linie, eine neoliberale Standortlogik zu überwinden, die Regionen, Kreise, Kommunen und Menschen in Konkurrenz zueinander definiert und wirtschaftlichen „Zwängen“ unterordnet. Wir laden alle interessierten Menschen zur Mitarbeit ein – unabhängig von Wahlberechtigung und Parteimitgliedschaft. Teilhabe am sozialen Leben bedeutet für uns, dass alle Bürger:innen finanziell so viel zum Leben haben, dass der Zugang zu Mobilität, günstigem Wohnraum und kulturellen Veranstaltungen sowie Museen für alle erschwinglich ist.

Bei aller konstruktiven Arbeit tritt die LINKE gleichzeitig jeglicher Diskriminierung, fremdenfeindlichen und rechtsextremen Aktivitäten entgegen. Wir wehren uns gegen die Spaltung der Gesellschaft und treten für die Solidarität mit den Betroffenen ein.

Armut bekämpfen – Soziale Fragen in den Mittelpunkt

Unser besonderes Augenmerk gilt allen Menschen, die abhängig beschäftigt oder durch Armut in Not geraten sind und Ausgrenzung erfahren. Darunter fallen insbesondere Erwerbslose, Alleinerziehende mit ihren Kindern, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Wohnungslose, Geflüchtete und viele andere Menschen, denen die gesellschaftliche Teilhabe erschwert wird. Für sie sind wir ein regelmäßiger und verlässlicher Ansprechpartner. Deshalb fordern wir:

Sozialberatung: den bedarfsgerechten Ausbau der Sozialberatung für alle Menschen in schwierigen Lebenslagen. Insbesondere die wichtige Arbeit in und mit den Frauenhäusern soll voll umfänglich als Teil der Daseinsvorsorge vom Landkreis finanziert werden.

Sozialarbeit: Anerkennung und Beteiligung von Vereinen und Verbänden, die in der Sozialarbeit tätig sind. Sie benötigen u. a. höhere Zuschüsse für eine auskömmliche Finanzierung, damit unter anderem eine tarifgerechte Entlohnung ermöglicht wird. Wo sich keine freien Träger für bestimmte Aufgaben finden lassen, muss der Landkreis eigeninitiativ tätig werden. Für die Jugendhilfe fordern wir den Ausbau von Jugendhilfeeinrichtungen, individuellen Hilfen und mehr Unterstützung für selbstbestimmte Lebensformen. Dies muss auch über das 18. Lebensjahr hinaus gelten.

Tariftreue: Die öffentliche Hand trägt große gesellschaftliche Verantwortung bei der Vergabe von Aufträgen. Mit seiner wirtschaftlichen Kraft muss der Landkreis für gute Arbeitsbedingungen eintreten. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die tarifgebunden entlohnen! Damit wird aktiv Abstiegsprozessen in Armut und mangelnde Teilhabe entgegengewirkt.

Sozialtarife: Beispielsweise bei Eintrittsgeldern zu kreiseigenen Einrichtungen und Veranstaltungen, aber auch beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Klimaschutz

Die Klimakrise ist die größte gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahre. Dabei reichen Einzelmaßnahmen nicht aus. Um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5°C zu begrenzen, müssen wir alle Lebensbereiche auf CO² neutrale und klimafreundliche Alternativen ausrichten. Neben einer Mobilitätswende setzen wir als DIE LINKE ebenso auf eine Energiewende, die auch sozial ist und nicht den ärmsten in der Gesellschaft am meisten abverlangt. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimaerhitzung und zum Erreichen der Klimaneutralität müssen in den Kommunen und Landkreisen durchgesetzt werden.

Dies schaffen wir

- durch den Umstieg auf nachhaltige Mobilität,
- durch Sanierungen und klimaneutralem Bau von Gebäuden,
- durch den Erhalt der bestehenden Grün- und Landschaftsräume,
- durch Begrünung von versiegelten Flächen, von Fassaden und Plätzen,

- durch Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Dächern und Flächen.

Dazu müssen alle bisherigen und zukünftigen Beschlüsse in Städten und Gemeinden unter Klimavorbehalt gestellt werden!

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Ein wichtiger Bereich für den Klimaschutz ist die Mobilität. Die Tarifzonenreform war ein erster Schritt hin zu einem attraktiveren, ökologischen Nahverkehr. Dies ist auch ein Erfolg der LINKEN! Trotzdem bleibt der VVS ein hochpreisiges Verkehrssystem. Daher setzen wir uns, gemeinsam mit anderen Initiativen für Tarifsenkungen und das längst überfällige allgemeine 365€ Ticket ein. Ein für Nutzer:innen gebührenfreier ÖPNV bleibt unser langfristiges Ziel! Darüber hinaus sind aus Sicht der LINKEN folgende Projekte aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen neu zu prüfen und zu bewerten:

- Ausbau der Schusterbahn von Plochingen, über Esslingen und Untertürkheim bis nach Ludwigsburg/Bietigheim
- Ertüchtigung der »kleinen Teckbahn« Kirchheim-Oberlenningen für einen durchgehenden Taktverkehr, der Raum lässt für bestehenden oder künftigen Güterverkehr
- Schienentangente Kirchheim - Weilheim - Bad Boll - Göppingen mit Reaktivierung bzw. Wiederaufbau alter Trassen
- Verlängerung der U7 von Ostfildern nach Esslingen
- Eine bessere Busvertaktung, auch nach 20 Uhr (z.B. Linie 122)
- S-Bahn-Ringschluss von den Fildern ins Neckartal

In den letzten Jahren kam es in verschiedenen Linienbündeln im Landkreis vermehrt zu Ausfällen des Busverkehrs. Der Kreistag bewilligte finanzielle Unterstützung der entsprechenden Busunternehmen in Millionenhöhe. Verluste werden dadurch sozialisiert und zukünftige Gewinne weiterhin privatisiert. DIE LINKE fordert, dass der Landkreis im ersten Schritt problematische Linienbündel durch die Schaffung eines kommunalen und kreisweiten Verkehrsunternehmens übernimmt und somit Sicherheit für die Kund:innen und die Beschäftigten gewährleistet!

On-Demand Verkehr: Fahrdienste wie z.B. Kleinbusse oder SSB Flex – sogenannte On-Demand-Verkehre – die ihre Fahrgäste individuell von einem Standort zum gewünschten Ziel befördern, sollen als Ergänzung zum ÖPNV integriert in den VVS vor allem in ländlichen Gebieten des Landkreises ausgebaut werden.

Radverkehr

Die LINKE setzt sich für die konsequente Förderung des Radverkehrs im Landkreis und in der gesamten Region ein, denn Radverkehr ist eine umweltfreundliche und gesundheitsförderliche Form der Mobilität. Es existiert bereits ein umfangreiches Radwegenetz im Landkreis, das aber hauptsächlich für den Freizeitverkehr ausgelegt ist. Für den Berufspendlerverkehr sehen wir noch ein beträchtliches Verbesserungspotenzial.

Radschnellweg: Wir begrüßen den politischen Willen auf allen Ebenen, einen möglichst kreuzungsfreien Radschnellweg zwischen Reichenbach und Stuttgart anzulegen sowie den Radschnellweg über die Fildern. Wir fordern vor allem die Streckenvarianten mit der Bevölkerung und den Radfahr-Interessensgruppen auf Augenhöhe zu erörtern und alle in die

Entscheidungsfindung einzubeziehen. Perspektivisch fordern wir, zusätzlich eine Streckenvariante neckaraufwärts Richtung Tübingen zu prüfen.

Mobilitätszentren: Wir plädieren für den Ausbau von Mobilitätszentren im Landkreis. Diese können und sollen über den ÖPNV informieren, sie sollen aber auch dazu beitragen, dass unterschiedliche Mobilitätsformen miteinander verknüpft werden. Carsharing, Ausleihe von E-Bikes und kleine Fahrradreparaturen ergänzen sinnvoll die Nutzung des ÖPNVs.

Inklusion

Inklusion ermöglicht ein solidarisches gemeinsames Lernen und „nützt“ daher nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern allen. Für DIE LINKE war die Durchsetzung der Inklusion ein zentraler Punkt in der vergangenen Wahlperiode. Nach der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ergibt sich die Pflicht für den Landkreis in allen Bereichen Inklusion umzusetzen.

Der Landkreis Esslingen stellt leider in Sachen Inklusion ein trauriges Schlusslicht in Baden-Württemberg dar. Dies betrifft nicht nur die Anzahl inklusiver Beschulungen, sondern vor allem auch die Möglichkeit von Kurzzeitpflegeplätzen. Wir fordern hier einen massiven Ausbau, nicht zuletzt zur Entlastung der pflegenden Angehörigen!

Qualifizierte Schulbegleiter:innen für Kinder mit Behinderung sind zu finanzieren, damit diese Regelschulen besuchen können. Sie sind notwendig und müssen - ohne bürokratische Hürden aufzubauen - vom Landkreis finanziert werden. Die Nachmittags- und Ferienbetreuung an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren muss deutlich bedarfsgerechter erbracht werden und soll für die Eltern kostenlos sein, so dass die Eltern eine zuverlässige Betreuung und Beratung ihrer Kinder erhalten. Ferner erfordert Teilhabe für alle den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Einrichtungen.

Wohnen bestimmt unser Leben

Wohnen ist ein Grundrecht! Durch die Privatisierungen in den letzten zwei Jahrzehnten wurden Immobilien immer mehr zum Spekulationsobjekt profitorientierter Konzerne. Solidarisch mit den Mieter:innen setzen wir uns für mehr kommunalen, genossenschaftlichen und damit bezahlbaren Wohnungsbau ein. Aktuell haben selbst mittlere Einkommensgruppen Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Menschen mit geringem Einkommen werden aus den Städten getrieben, die Pendelverkehre nehmen zu.

Wir begrüßen die Fachtagungen zum Thema Wohnen im Landkreis und setzen uns dafür ein, dass die notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden. Der Landkreis soll seine Zurückhaltung in diesem Bereich aufgeben! Dazu gehört die Schaffung einer kreisweiten kommunalen Wohnungsbaugesellschaft wie sie z.B. im Rems-Murr-Kreis existiert.

Gesundheit und Pflege

Gesundheit ist keine Ware, sondern eine öffentliche Aufgabe.

Die LINKE wird sich auch in Zukunft einer Privatisierung der Kreiskliniken widersetzen. Die statistischen Zahlen belegen, dass Privatisierung auch eine Reduzierung der Betten und damit der Grundversorgung bedeutet. Sie führt außerdem zu einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der im Krankenhaus angestellten Mitarbeiter:innen. Wir unterstützen die gewerkschaftlichen Kämpfe für mehr Personal im Gesundheitswesen. Der Mangel an Pflege-

kräften bedeutet nicht nur Überlastung und Stress für die Beschäftigten, sondern auch konkrete Gefahren für Patient:innen. DIE LINKE steht für die Förderung von dezentralen Gemeinschaftspraxen.

Den von der Landes- und Bundesregierung vorangetriebenen Klinikschließungen stellen wir uns weiterhin entgegen. Es braucht eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Grundversorgung!

Pflegestützpunkte: Wir wollen, dass flächendeckend Pflegestützpunkte im Landkreis eingerichtet werden. Bei Pflegestützpunkten finden Angehörige pflegebedürftig gewordener Familienmitglieder unbürokratisch Rat und Hilfe. Die zu Pflegenden können in ihrer vertrauten Umgebung bleiben und die pflegenden Familienangehörigen können unterstützt werden.

Bildungsauftrag umsetzen – Schulessen kostenfrei

Gleiche Chancen für alle Kinder statt Bildungsvorteile für Privilegierte.

DIE LINKE fordert, dass die in der Landesverfassung verankerte Lernmittelfreiheit und das kostenlose Schüler:innenticket gewährt wird. Für uns ist Bildung auch immer integrativ und inklusiv. Dafür braucht es aber noch weitere Anstrengungen an den Schulen, insbesondere eine Verbesserung der Ausbildung, Weiterqualifizierung und Bezahlung der pädagogischen Fachkräfte (z.B. Schulsozialarbeiter:innen). DIE LINKE fordert daher:

- die vollständige Entfristung der Arbeitsverträge und die Auszahlung der anfallenden Überstunden, damit sowohl die Qualität als auch die Attraktivität für den Beruf steigt und der „Drehtür-Effekt“, der ganz zum Leidwesen der betroffenen Schüler:innen führt, vermieden wird.
- dass der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst ebenfalls vollumfänglich für die Beschäftigten der Schulbegleitung gilt und Aufträge nur an Träger gegeben werden, die sich an den Tarifvertrag halten.

Gesunde Verpflegung ist dringend erforderlich! Die öffentlichen Schulen müssen Beispiel und Vorbild für gesunde Ernährung mit ökologischen und regionalen Lebensmitteln sein. Finanzielle Lernmittelfreiheit soll nicht nur für Schulbücher gelten, sondern auch für Ausgaben wie Arbeitshefte, Fotokopien, Fahrtkosten und ein gesundes Mittagessen.

Wir fordern höhere materielle Ausstattung, mehr Schulbegleiter für bedrohte, benachteiligte, seelisch oder anders behinderte Kinder und kostenfreie Schulwege und Schulessen, um für alle Kinder die Möglichkeit zur Teilhabe an Bildung zu schaffen.

Kultur

Gerne knüpfen wir an die positiven Ansätze des Landkreises an, wie sie z.B. im Freilichtmuseum Beuren und in Aktivitäten im Dettinger Kulturpark sichtbar sind und setzen uns für weitere Projekte und den Ausbau der Kulturarbeit ein, um lokale Künstler:innen mit Stipendien und erweiterten Möglichkeiten der Präsentation ihrer Werke zu unterstützen.

Der Zugang zu Kunst und Kultur darf keine Frage der finanziellen Möglichkeiten sein. Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine sozial verträgliche Preispolitik bei öffentlichen Kultureinrichtungen ein. Perspektivisch fordern wir einen landkreisweiten Kulturpass für

Menschen mit weniger Einkommen, der die kostengünstige Teilhabe an Kunst und Kultur sichert!

Flucht und Integration

Flucht- und Migrationsbewegungen sind angesichts der Kriege dieser Welt, des Klimawandels und einer unsolidarischen Handelspolitik eine der größten Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Kreispolitik und Kreisverwaltung Geflüchtete aus humanitären Gründen aufnimmt und diese menschenwürdig im Landkreis unterbringt.

Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass der Landkreis als Träger der Berufsschulen hier bereits lebenden Geflüchteten mehr noch als bisher in möglichst unbürokratischer Weise den Zugang zur dualen Berufsausbildung ermöglicht - in Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft und anderen öffentlichen Trägern. Dieses Angebot soll durch langfristig oder dauerhafte Bleiberechte unterstützt werden. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus soll in jedem Falle kontinuierlicher und verpflichtender Sprachunterricht angeboten werden.

Links wirkt! – Unsere Erfolge im Kreistag

Obwohl wir im Kreistag die kleinste Fraktion stellen, haben wir in der letzten Legislaturperiode einiges bewirkt und den Diskurs auf uns wichtige Themen lenken können. Anhand von drei Beispielen möchten wir das darstellen:

- Auf Antrag unserer Fraktion hin, bewarb sich der Landkreis als erster in ganz Baden-Württemberg erfolgreich für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Damit einher verabschiedete die Verwaltung das **Aktionsprogramm Demokratie und Toleranz**. Doch es blieb nicht nur bei schönen Worten: Insgesamt 375.000 € an Fördergeldern flossen innerhalb von 2022-2024 an Projekte und Initiativen aus der landkreisweiten Zivilgesellschaft. Damit wurden vielfältige Bildungs-, Anti-Rassismus- und Demokratieprojekte finanziert, welche ohne diese Hilfe wohl nicht stattgefunden hätten.

- Seit März 2023 gibt es das landesweite Jugendticket für 365€ im Jahr auch im Landkreis Esslingen. Auch wenn der Beschluss im Kreistag einstimmig gefasst wurde, war es vor allem DIE LINKE, die schon seit Jahren auf das Sozialticket beziehungsweise 365€ Ticket drängt und dies mit jährlichen Anträgen bekräftigt hat. Das Jugendticket ist ein erster Schritt dahin. Wir sind weiterhin der Treiber für soziale Mobilität im Kreis!

- DIE LINKE war eine der treibenden Kräfte für die Erhöhung und Anpassung der Mietobergrenzen an den Mietspiegel im Landkreis Esslingen - also der maximale Betrag an Mietkosten, den das Arbeitsamt übernimmt. Vor allem Menschen im sozialen Leistungsbezug profitierten dadurch, dass die Mietobergrenzen zumindest ansatzweise an den horrenden Mietspiegel im Landkreis angepasst wurden. Eine wirklich reale Anpassung steht noch aus!